

Anschrift:
Tacheles Archiv
Jan Erban / m21
Domstraße 12
14482 Potsdam

Pressekontakt:
Initiative 'Wahlabsage'
Ludwig Kamberlein
info@wahlabsage.de
Tel. 030-40577393

Press-Kit: www.regierungstreu.de

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 16.11.2016

Politiker fürchten Wähler inzwischen mehr als Nichtwähler

Wahlverweigerer hatten über Jahrzehnte einen denkbar schweren Stand in der Öffentlichkeit und sahen sich viel Kritik und Anfeindungen ausgesetzt. Seit dem Wahlsieg Donald Trumps, dem verlorenen Brexit-Referendum und dem Aufkommen der AfD begegnen Politiker der Altparteien und Meinungsmacher ihnen mittlerweile jedoch mit auffallend mehr Nachsicht. Was steckt hinter dieser neuen Sanftheit: Pragmatismus oder Furcht ?

Als die Initiative ‚Wahlabsage – Mehr Demokratie, weniger Politik‘ im Jahr 2008 ihre Arbeit aufnahm, schlug der von ihnen verteidigte Gruppe bewusster Nichtwähler öffentlich ein hohes Maß an Ablehnung entgegen. Die stetig sinkende Wahlbeteiligung beschädigte das Bild der harmonischen Konsensdemokratie. Der immer wieder neu ins mediale Blickfeld gerückten Gruppe der Nichtwähler wurde zu Unrecht die Rolle der Sündenböcke für das Unbehagen breiter Bevölkerungsschichten an der ausufernden Parteiendiktatur zugewiesen.

Die Aktivisten sehen sich mittlerweile jedoch mit dem Phänomen konfrontiert, dass Parteipolitiker und Meinungsführer ihre Anfeindungen ihnen gegenüber drastisch reduziert und das Thema ‚Wahlverweigerung‘ weitgehend von ihrer Agenda gestrichen haben. Hatten sich bis vor kurzem beispielsweise noch SPD-Politiker, wie Jörn Thießen, für eine Wahlpflicht stark gemacht, so scheint man bei den Sozialdemokraten inzwischen froh, wenn möglichst viele Nichtwähler, deren Sympathien man offenbar bei der AfD vermutet, den Wahlurnen fern bleiben.

Mit-Initiator und Mediensoziologe Hartmut Lühr: „Als besonders ehrlich kann man diese neu zu beobachtende Langmut gegenüber der Gruppe der Nichtwähler nicht bezeichnen. Wenn die Bürger die sich dahinter verbergenden Motive erst einmal durchschauen, wird dies weitere Parteienverdrossenheit zur Folge haben. Die etablierten Parteien sollten lieber den Mut finden, sich von den Lobbyverbänden ab- und den Bürgern wieder zuzuwenden.“